78. Jahrgang. Nr. 314 Mittwoch, 6. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Postanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Rabattabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

2,6 Milliarden Schlußzahlung gefordert

Deutschland stellt politische Bedingungen

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 5. Juli. Stündlich haben heute nachmittag die Konferenzaussichten gewechselt. Die Spannung ist auf den Höhepunkt gestiegen. Daß sehr erhebliche Gegensätze noch weiter bestehen, war schon in den ernsten Mienen der Verhandlungsgegner zu erkennen. Die deutschen Minister sind nachmittags wieder fast eine Stunde lang bei Macdonald gewesen, und wieder erschien Herriot sofort nach ihnen, um den englischen Vermittler und Konferenzleiter über die deutsche Haltung und die letzten deutschen Vorschläge zu befragen und um seinerseits die Antwort Frankreichs zu erteilen. **Diese französisch-englische Aussprache dauerte etwa zwei Stunden, ein Zeichen dafür, wie hart der Kampf ist.**

Es bestätigt sich, daß die deutsche Abordnung Macdonalds letzten Vermittlungsvorschlägen, die sich bekanntlich auf den Plänen des englischen Sachverständigen Layton aufbauen, wohlwollend gegenübersteht, sie zu erörtern, auszubauen und noch zu verbessern sucht.

In den wichtigsten Linien kann sogar heute nachmittag schon von einer Uebereinstimmung Deutschlands und Englands gesprochen werden.

Macdonalds Vorschlag sieht eine Kapitalsumme von 2,6 Milliarden in Bonds vor. Die deutsche Anregung direkter Zahlungen ist wieder völlig von der Bildfläche verschwunden, nicht zu unserem Schaden. Dafür schlagen die Engländer wieder das alte Zahlungsschema, also Bonds, vor, freilich in einer ungeheuren, äußerst bedenklichen Höhe.

Von den 2,6 Milliarden sollen nach englischen Plänen 1,6 Milliarde ausgegeben werden, sobald der Ausgabekurs auf 90 steht. Dadurch wird zwar ein effektives Moratorium zunächst bewirkt, dessen Dauer schwer abzuschätzen ist; ein befristetes Moratorium ist aber leider nicht mehr vorgesehen. Der zweite Abschnitt von 1 Milliarde soll erst ausgegeben werden, sobald der Ausgabekurs 95 erreicht hat. Findet die Ausgabe eines Teiles des Abschnittes nicht innerhalb zehn Jahren statt, so fällt der nicht ausgegebene Rest endgültig fort.

Deutschland hat also erkennen lassen, daß es diese Pläne nicht ohne weiteres ablehnt. **Es hat aber dafür neue politische Bedingungen an sein Einverständnis geknüpft, und zwar wieder die Erledigung der Kriegsschuldfrage, Artikel 231, die Frage der allgemeinen Gleichberechtigung, die sich auch auf die Rüstung vollkommen auswirken müßte, sowie die Forderung nach endgültiger völliger klarer Streichung des Teiles VIII des Versailler Diktates, der die Reparationen behandelt. Unbestimmt ist noch, ob auch die Saarfrage hier angeschnitten wurde oder angeschnitten wird, eine Frage, ohne deren schnelle und anständige Regelung eine Befriedigung sicher nicht zu erreichen ist.**

Innerhalb der deutschen Delegation stellt man fest, daß Frankreich nun das Wort hat. Wichtig ist jedenfalls, daß zur Zeit die Gläubigerfront gegen uns, die tagelang bestand, nicht mehr vorhanden ist, sondern daß wir wieder Anschluß an England gefunden haben. Allerdings mit schwersten Opfern und auf einer noch recht bedenklichen Grundlage.

Auch diese Pläne sehen ja noch immer gewaltige rein politische Zahlungen Deutschlands vor.

Ergänzend wird über die von uns im Prinzip akzeptierten englischen Vorschläge noch mitgeteilt, daß auch die Reichsbahn völlig dabei ausscheidet und daß es sich um Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches handeln würde. Natürlich ist mit diesen von uns günstig aufgenommenen englischen Vermittlungsversuchen noch keine Klarheit erzielt. Die Franzosen sind zur Stunde noch hartnäckig. Herriot hat erklärt, daß er sich auf die von Deutschland geforderten politischen Zugeständnisse unter keinen Umständen einlassen könne; mit solchen Zugeständnissen wäre er nicht in der Lage, nach Frankreich zurückkehren zu können. Aber vielleicht könne man in der politischen Schlußerklärung Deutschland eine gewisse Genugtuung geben. Wir haben diesen Dreh schon vor Tagen als wahrscheinlich vorausgesagt.

Vermutlich geht der Schacher heute nacht noch weiter. Optimisten rechnen sogar mit einer Klärung in den späten Nachtstunden.

*

Lausanne, 5. Juli. Herriot hat am Abend telephonisch den französischen Kriegsminister Boncour, der die französische Regierung auf der Abrüstungskonferenz vertritt, ersucht, nach Lausanne zu kommen. Macdonald hat den Reichskanzler und den Reichsaußenminister heute abend zum Essen geladen.

Kabinettssitzung über Lausanne

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Juli. Die in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder hielten heute eine Sitzung ab, in der die Lage in Lausanne auf Grund der vom Reichskanzler v. Papen übermittelten Berichte besprochen wurde. Irgend eine Stellungnahme erfolgte naturgemäß nicht. Es handelte sich um eine der in der letzten Zeit üblich gewordenen rein informatorischen Besprechungen der Kabinettsmitglieder.

Streifzug durch Dresdens Haushalt

Wenn man die finanziellen Nöte und Sorgen Deutschlands richtig kennenlernen will, dann soll man nicht allein den Haushalt des Reiches, schon eher den der Länder, am besten aber die Etats der Städte studieren. Denn der Reichshaushalt läßt sich auch unter den schwierigsten Umständen einigermaßen im Gleichgewicht halten. Nicht weil das Reich sparsamer oder geschickter wäre als die übrigen öffentlichen Körperschaften, sondern weil es der alleinige Träger der Steuerhoheit ist und dazu aus eigener Machtvollkommenheit seine Aufgabenbereiche erweitern oder verengern kann. Am schlechtesten sind die Städte daran. Man hat ihnen ihre Steuerhoheit durch die Erzbergersche Steuerreform fast vollkommen genommen. Was menschlicher Erfindungsgeist an einigermaßen einträglichen Steuern erdenken kann, wird bereits vom Reichsfinanzministerium zum Nutzen des Reiches und zum Leidwesen der Steuerzahler erhoben, für die Städte bleiben kümmerliche Brosamen. So die Musikinstrumentensteuer, die Dresdens Bürger auch im neuen Etatsjahr belasten soll, weil auf sie „aus finanziellen Gründen nicht verzichtet werden kann". Sie hat 1930 508 000 Mark erbracht, und Dresdens Stadtväter erhoffen sich von ihr in diesem Jahre 870 000 Mark. Bedeutung für einen Stadtsäckel mit Gesamtausgaben von 145 Millionen Mark hat sie natürlich nicht. Ein Tropfen auf den heißen Stein! Ihr Erträgnis steht im schreienden Gegensatz zu der Erbitterung, die sie in zahlreichen Familien schaffen muß, denen sie den letzten Born der Freude in freudloser Zeit vergällt.

Unter den eigenen Steuern der Stadt ist hinsichtlich ihres Erträgnisses die Bürgersteuer am bemerkenswertesten. Sie hat 1930 1,6 Million ergeben. 1931 wurde sie um 300 Prozent erhöht und auf 4,6 Millionen veranschlagt. In diesem Jahre sollen gar 400 Prozent zum normalen Landessatz treten. Man rechnet mit runden 6 Millionen Erträgnis. Eine genaue Schätzung vermag man bezeichnenderweise überhaupt nicht vorzunehmen. Rein rechnerisch müßte die Summe das Fünffache des Ertrages von 1930 ergeben, also 8 Millionen. Die Stadt begründet die geringere Veranschlagung mit der Erfahrung, die man bei jeder Steuererhöhung machen kann. Sie sagt, es müsse infolge der Erhöhung des Steuersatzes auch mit einer wesentlichen Erhöhung der zu bewilligenden Erlasse gerechnet werden. Wir fürchten, diese Mutmaßung wird sich in größerem Ausmaße erfüllen, als Dresdens Finanzdezernent glaubt. Die Gemeindebürgersteuer ist mit 400 Prozent Zuschlag so überspannt, daß sie für die große Mehrzahl der Bevölkerung untragbar geworden ist. Wir haben ja das markanteste Beispiel für den Einkommensverfall in den Reichssteuerüberweisungen aus der Einkommensteuer. 1930 erhielt die Stadt noch 13,6 Millionen, 1931 waren im Voranschlag 7,1 Millionen und 1932 gar nur noch 5,3 Millionen eingesetzt. Das sind 38 Prozent des Aufkommens von 1930! Hiermit berühren wir einen der wundesten Punkte der Gemeindefinanzen. Sie sind prozentual vor allem an den Reichssteuern beteiligt, die den stärksten Rückgang aufweisen. Sie haben aber umgekehrt ohne genügenden und vor allem sicheren Ausgleich Aufgabengebiete vom Reiche zugeteilt bekommen, die mit der Not der Zeit zu einem immer größer werdenden Ausgabenfaktor anschwellen. Das Wort, das Reich saniere sich auf Kosten der Gemeinden, trifft vor allem auf die Wohlfahrtspflege zu. Die ausgesteuerten Erwerbslosen — und je länger die Krise dauert, um so größer wird ihre absolute und prozentuale Zahl im Verhältnis zur Gesamterwerbslosigkeit sein — fallen nahezu ganz den Gemeinden zur Last, ohne daß daraus den Städten ein Anspruch auf eine Entschädigung erwächst. Ja, die Städte, die besonders stark unter dem Steuerrückgang leiden, haben auch zugleich die höchsten Wohlfahrtslasten zu tragen. Sie sind also in doppelter Weise benachteiligt. Das gilt vor allem von Dresden. Seine Arbeitslosenziffer übersteigt den Reichsdurchschnitt um mehr als 118 Prozent, und außerdem ist infolge des großen, einst wohlhabenden Rentnertums die Zahl der unterstützten Kleinrentner ebenfalls überdurchschnittlich. Insgesamt wurden am 1. Mai 71 800 Familien und Einzelpersonen unterstützt, gegenüber 52 580 Parteien am gleichen Tage des Vorjahres. Trotzdem sind die Ausgaben der

In der heutigen Abendausgabe beginnen wir mit dem Abdruck unseres **neuen Romans!**

Die Londoner Stillhaltekonferenz beendet

Niedrigere Zinsen vorgeschlagen

London, 5. Juli. Nach dem Abschluß der Londoner Stillhalteverhandlungen am Dienstagnachmittag wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

Aus den der Konferenz unterbreiteten Statistiken geht hervor, daß in einigen Ländern den Gläubigern noch geringfügige Beträge aus Vorzugsrechten auf vollständige Durchführung der am 15. März begonnenen Kürzungen von 10 vom Hundert zustehen. Im Einvernehmen mit den deutschen Vertretern wurden Abmachungen getroffen, die die vollständige Durchführung dieser Kürzungen gewährleisten, mindestens ein Drittel des Betrages ist bereits durch Nichtinanspruchnahme erledigt. Von dem Rest wird für den größeren Teil bis zum 1. Oktober Vorsorge getroffen sein, für das übrige bis zum Jahresende. Es wurde beschlossen, die Erörterungen über weitere Kürzungen auf die nächste Tagung, die am 1. Oktober stattfindet, zu verschieben.

Angesichts der allgemeinen Geldverbilligung und um diese der deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen, wie auch um sicherzustellen, daß alle Gläubigerländer hinsichtlich der Zinsen gleichmäßig behandelt werden, wurde beschlossen,

daß die Delegierten ihren Bankenausschüssen die Anwendung einer niedrigeren Zinsskala für deutsche Kredite vorschlagen sollen.

Die Berichte über Umwandlungen kurzfristiger Schulden in langfristige Anlagen gemäß den Bestimmungen des Abkommens ergaben, daß in dieser Richtung befriedigende Fortschritte zu verzeichnen sind.

*

Zu dieser Mitteilung ist zu bemerken, daß die Beträge aus Vorzugsrechten, die noch abzudecken sind, tatsächlich sehr geringe Summen darstellen. Vom deutschen Standpunkt aus wird es als befriedigend betrachtet, daß die Kürzungen sich im Rahmen von 10 vom Hundert halten, und daß darüber hinausgehend keine weiteren Forderungen von den Gläubigern gestellt worden sind. Wie verlautet, berechnet sich der tatsächliche Durchschnittszinssatz, wenn man Barkredite und Wechselkredite zusammennimmt, jetzt auf 5 vom Hundert, so daß also die Verbilligung des Geldes schon zum Teil der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Die in der Verlautbarung angedeuteten Verhandlungen über die Zinssätze werden sich also in erster Linie auf die Länder erstrecken, wo dieser Durchschnittssatz noch nicht erreicht ist.

Die Handelsverhandlungen mit Schweden

Berlin, 5. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die deutsche Regierung den Wunsch geäußert hat, sich von dem bestehenden deutsch-schwedischen Handels- und Schiffahrtsvertrag nebst den dazu gehörigen Zusatzabkommen zu lösen, sind die deutsche und die schwedische Regierung übereingekommen, den Vertrag und die Zusatzabkommen mit Wirkung vom 15. Februar 1933 ab außer Kraft zu setzen. Verhandlungen dürften aufgenommen werden mit dem Ziel, ein Uebereinkommen zwischen den beiden Ländern für die Zeit nach dem Außerkrafttreten des gegenwärtigen Handelsvertrages zu erreichen.

Hierzu drahtet unsere Berliner Schriftleitung:

Der außerkrafttretende Vertrag hat lange Zeit, auch insbesondere auf der deutschen Land- und Forstwirtschaft, angesichts der Entwicklung der Dinge wie ein schwerer Druck geruht. Die Rechtsparteien hatten schon zu wiederholten Malen die Kündigung gefordert. Die Abwertung des englischen Pfundes und nicht zuletzt auch der Kreugerkrach machten die Lage auf dem Gebiet des deutsch-schwedischen Handelsvertragswerks vollends unhaltbar. Während schwedisches Holz und schwedisches Vieh dauernd nach Deutschland einströmen konnten, wurde von Deutschland nur das gekauft, was anderswo nicht zu haben war oder sich dort teurer stellte, also namentlich chemische und optische Artikel. Da der Vertrag selbst erst Ende Januar 1933 abläuft, vergeht noch eine geraume Zeit, ehe die Kündigung praktisch wirksam wird. In der Zwischenzeit wird uns nichts anderes übrig bleiben, als zu dem Mittel der Kontingentierungen zu greifen.